

ANTRAG

der Fraktion der NPD

„Armutsflüchtlinge“ stoppen - EU-Freizügigkeit für Bulgaren und Rumänen aussetzen!

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass die EU-Freizügigkeit für Staatsbürger aus Rumänien und Bulgarien ausgesetzt wird, sofern durch die Betroffenen kein Arbeitsverhältnis in Deutschland nachgewiesen werden kann.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Mit der EU-Freizügigkeit ab 2014 für Staatsbürger aus Rumänien und Bulgarien werden massenhaft sogenannte „Armutsflüchtlinge“, vornehmlich Sinti und Roma, nach Deutschland strömen.

Die sozialen Probleme der Balkanstaaten können nicht damit gelöst werden, indem man sich das dort vorhandene Elend ins eigene Land holt.

Neben der Verhinderung der EU-Freizügigkeit sind daher auch entsprechende Rückführungsprogramme umzusetzen.